

LINKSRUCK, MEHRHEIT FÜR UNABHÄNGIGKEITSBEFÜR WORTER

DIE WAHLEN ZUM PARLAMENT VON KATALONIEN VOM 14. FEBRUAR

Institut Sobiranes,
Barcelona, 16. Februar 2021

Die Blöcke im Territorialkonflikt bleiben bestehen, angeführt jedoch von den politischen Optionen mit mehr Dialogbereitschaft // Die linken Parteien erreichen einen beispiellosen Durchbruch im Parlament // Die Pro-Unabhängigkeits-Mehrheit konsolidiert sich

Die Wahlen vom 14. Februar 2021 waren die ersten seit 2012 (dem Beginn des sogenannten *procés*), die nicht vollständig von der Territorialdebatte dominiert wurden. Dennoch hatte diese Frage bei den Wählerpräferenzen weiterhin ein erhebliches Gewicht. Stand die Parlamentswahl von 2017 fast ausschließlich im Zeichen der sogenannten „Oktober-Ereignisse“ (Abstimmung vom 1. Oktober 2017, anschließende Unabhängigkeitserklärung, die Antwort des Staates mit der Aktivierung des Verfassungsartikels des föderalen Zwangs – der berühmte Artikel 155 – und Inhaftierung bzw. Exilierung von Pro-Unabhängigkeitsführern), so entwickelte sich die jetzige Wahl vor dem Hintergrund der COVID-19-Krise. Die Wahlbeteiligung ist seit der letzten Wahl um 25 Punkte gesunken, von 79 % im Jahr 2017 (historisches Maximum) auf 54 %. Die Gründe für diese gestiegene Zahl an Nichtwählern sind wohl in der Pandemie zu suchen (Angst, Unzufriedenheit...), wie aus den Zahlen der Wahlbeteiligung bei anderen, zeitlich nahe gelegenen Wahlen etwa in Galicien, im Baskenland oder in Portugal abgeleitet werden kann. Man darf jedoch nicht vergessen, dass diese Wahlen in einem Kontext stattfanden, in dem der konfliktrüchtigste Teil des *procés* abgeschlossen zu sein scheint, was die Wahlbeteiligungswerte wieder auf Zahlen von vor zehn Jahren zurückfallen lässt.

AUSGANGSLAGE

Seit den Wahlen 2010, als Artur Mas von *Convergència i Unió* (katalanische Mitte-Rechts-Partei, die ab September 2012 die Pro-Unabhängigkeitsthese vertrat) Präsident der Generalitat wurde, fand keine der nachfolgenden Wahlen (2012, 2015, 2017 und 2021) am Ende der vierjährigen Legislaturperiode statt. Die gerade abgeschlossene 12. Legislaturperiode ging aus den Wahlen vom 21. Dezember 2017 hervor – ausgerufen von den Staatsmächten auf der Grundlage von Artikel 155 und der Auflösung der autonomen Institutionen (Regierung und Parlament) als Reaktion auf das Referendum vom 1. Oktober und die gescheiterte Unabhängigkeitserklärung. Außerdem fand diese Wahl inmitten der Unruhen statt, die durch die Inhaftierung einiger der Pro-Unabhängigkeitsführer und das Exil anderer hervorgerufen wurden. Die Wahlen waren stark polarisiert und emotional aufgeladen, sowohl im Pro-Unabhängigkeitslager als auch im Nicht-Unabhängigkeits-Block. Damals profitierten von der Wahl jeweils die Parteien, die am stärksten polarisierten: *Junts per Catalunya* und *Ciutadans*. Etwas mehr als drei Jahre später – nach einer Legislaturperiode, die von Spannungen zwischen den beiden Kräften der Exekutive geprägt war – sind die katalanischen Bürger erneut zu den Urnen gerufen worden. Diesmal ging es vor allem um die Strategie gegenüber der spanischen Regierung.

DIE WAHLERGEBNISSE

Die Wahlergebnisse hinterlassen ein stark zersplittertes Parlament mit 8 politischen Parteien (diese Gruppe ist mit dem Einzug von *Vox* gewachsen). Es gibt keine wirklich vorherrschende Partei. Die stärkste Kraft (PSC) hat lediglich 23 % der Stimmen erhalten und die zweit- und drittstärkste Partei liegen sehr nahe beieinander.

	%	Stimmen	Sitze	Linke	Unabhängigkeitsbefürworter
Partit dels Socialistes de Catalunya (PSC)	23,04 %	652.858	33	Ja	Nein
Esquerra Republicana de Catalunya (ERC)	21,30 %	603.607	33	Ja	Ja
Junts per Catalunya (JxCat)	20,04 %	568.002	32	Nein	Ja
VOX	7,69 %	217.883	11	Nein	Nein
En Comú Podem (ECP)	6,87 %	194.626	8	Ja	Nein
Candidatura d'Unitat Popular (CUP)	6,67 %	189.087	9	Ja	Ja
Ciutadans (Cs)	5,57 %	157.903	6	Nein	Nein
Partit Popular (PP)	3,85 %	109.067	3	Nein	Nein

Eine erste Lesart der Ergebnisse betrachtet die Verteilungen nach der territorialen Frage. Zum zweiten Mal seit Beginn des *procés* erhält eine Nicht-Unabhängigkeitspartei die meisten Stimmen (2017 war es Cs mit 25,35 % der Stimmen), hat aber nicht genug parlamentarischen Rückhalt, um eine Regierung zu bilden. Im Gegensatz dazu haben die Pro-Unabhängigkeitsparteien eine Mehrheit an Stimmen und Sitzen in der Kammer. Innerhalb der Blöcke sind hohe Schwankungen zu beobachten, vor allem bei den Unabhängigkeitsgegnern, diesmal angeführt von der PSC (die von 17 auf 33 Sitze zulegte, während Cs von 36 auf 6 Sitze zurückfiel). Das Verhältnis zwischen den Blöcken bleibt jedoch praktisch gleich, mit einer leichten Zunahme bei den Stimmen der Unabhängigkeitsbefürworter: a) Die Pro-Unabhängigkeits-Parteien erreichen zum ersten Mal mehr als 50 % der Stimmen, wenn auch in einem Kontext mit niedriger Wahlbeteiligung. Die drei Pro-Unabhängigkeits-Parteien, die im Parlament vertreten sein werden, kommen auf 48% der Stimmen, was aber 74 von 135 Sitzen entspricht (vier mehr als bei den letzten Wahlen) – eine Folge des aktuellen Wahlgesetzes, das die Pro-Unabhängigkeits-Parteien aufgrund der territorialen Verteilung ihrer Wählerbasis bevorzugt.¹ b) Die Nicht-Unabhängigkeits-Parteien erhalten 47 % der Stimmen und 61 Sitze. Davon entfallen nur 20 auf die Formationen, die den spanischen Nationalismus der Rechten vertreten (von 40 im Jahr 2017 gefallen auf 20) und 41 auf die linken Formationen PSC und ECP – letztere mit Bereitschaft zum Dialog und zur Einigung mit den Pro-Unabhängigkeits-Formationen.

Durch die Führung der ERC erlangt der Pro-Unabhängigkeits-Block zum ersten Mal seit 1936 die Möglichkeit, die Präsidentschaft der katalanischen Regierung zu übernehmen. Die Umsetzung hängt allerdings von den parlamentarischen Verhandlungen ab. Sowohl der Vorsprung der PSC vor Cs als auch der Vorsprung der ERC vor Junts per Catalunya stehen für den Rückhalt einer möglichen Regierung, die für den Dialog offen ist und nach bestimmten Schnittmengen suchen wird, im Gegensatz zu den anderen, die sich dem Konflikt und der Verfestigung der Blöcke verschrieben haben. Die Differenzen zwischen den beiden Parteien sind jedoch immer noch beträchtlich, da der letzte Abschnitt des *procés* viele offene Wunden hinterlassen hat. Wir befinden uns in einem Moment des Übergangs: Mit dem Misstrauensantrag von Pedro Sánchez gegen Mariano Rajoy im Mai 2018, mit einer plurinationalen und progressiven Dreier-Konstellation (PSOE, Podemos und Regionalparteien, bei denen die katalanische und die baskische Partei dominieren und für ihre jeweilige Region die Identität einer Nation beanspruchen), könnte der *procés* als abgeschlossen betrachtet werden, obwohl noch keine neue Etappe begonnen hat. Das bedeutet keineswegs, dass die strukturellen Ursachen für den politischen Konflikt des Jahres 2017 nicht mehr vorhanden

¹Erwähnenswert ist hier der Fall der PDeCAT, einer gemäßigt konservativen Pro-Unabhängigkeits-Partei, die die Unterstützung des ehemaligen Präsidenten Artur Mas hatte, aber an der Wahlhürde von 3 % scheiterte und nun ohne Vertretung im Parlament ist.

sind. Die territoriale Krise bleibt offen und muss bewältigt werden, wenn eine gewisse Normalität im katalanischen und spanischen politischen Leben wiederhergestellt werden soll.

Eine zweite Lesart unter sozialen Gesichtspunkten zeigt einen klaren Sieg der linken Kräfte über die Rechten. Die progressiven Parteien (PSC, ERC, CUP und ECP) erhielten 58 % der Stimmen und 83 Sitze, was den größten Sieg linker Parteien bei einer katalanischen Wahl seit der Wiederherstellung der Demokratie bedeutet. In diesem Sinne konnten alle linken Formationen ihre Ergebnisse im Vergleich zu 2017 halten bzw. verbessern. Unter den gegenwärtigen Bedingungen hat diese parlamentarische Mehrheit jedoch keine Chance auf eine Regierungsmehrheit, was auf die gegensätzlichen Vetos von ERC und PSC in der Territorialfrage und insbesondere auf die Position zurückzuführen ist, die beide während der *procés*-Phase eingenommen haben. Auf der anderen Seite erhalten die Formationen, die den Bereich von Mitte-Rechts bis zur extremen Rechten abdecken (Junts², Vox, Cs und PP) 53 Sitze und 37,17 % der Stimmen, wobei sich diese deutlich durch ihre Position in der territorialen Frage unterscheiden. Während Junts also einen Punkt und einen Sitz im Vergleich zu 2017 verliert, verzeichnen Cs und die PP die schlechtesten Ergebnisse, überholt von der ultrarechten, auf der politischen Landkarte Kataloniens neuen Formation Vox mit 11 Abgeordneten und 7,7 % der Wählerunterstützung. Vox ist nun also die stärkste rechte Kraft gegen die Unabhängigkeit, was die von der PP verfolgte Strategie im gesamten Staat beeinflussen kann.

Das Erstarken von Vox verdient aufgrund seiner Singularität besondere Aufmerksamkeit. Nie zuvor hatte es eine rechtsextreme Partei im Parlament gegeben. Zwar griff Ciudadans auf rechtsextreme Diskurse und Wähler zurück, aber als offen rechtsradikale Partei hatte nur die Plataforma per Catalunya eine Chance, 2010 ins Parlament einzuziehen, schaffte dies jedoch nicht. Schon vor den Wahlen gab es Spekulationen über die Existenz eines katalanischen Ausnahmefalls – wie in der Vergangenheit über den spanischen Ausnahmefall einer fehlenden Wahlunterstützung für die extreme Rechte gemutmaßt wurde. Die Ergebnisse vom 14. Februar zeigen, dass auch Katalonien von der Dynamik des Aufstiegs des rechtsextremen Populismus in Europa nicht verschont geblieben ist. Das Gewicht der spanischen nationalistischen rechten Formationen im parlamentarischen Spektrum hat sich zwar um die Hälfte reduziert, allerdings beobachten wir, wie sich ihre Positionen radikalieren. Auch wenn Vox keine reelle Chance hat, in die Bildung von Mehrheiten einzugreifen, dürfen wir dennoch nicht unterschätzen, wie diese Partei als Lautsprecher zur Verstärkung nationalistischer und fremdenfeindlicher Diskurse dient.

²Junts ist zwar zum Teil Erbe der konservativ-liberalen Partei *Convergència Democràtica de Catalunya*, hat sich aber als Partei, die (auf nationaler Ebene) keiner etablierten Ordnung folgt, neu gegründet. Ihre Wählerschaft sieht sich selbst in der linken Mitte, ähnlich den ERC-Wählern.

Andererseits zeigt eine Auswertung der territorialen Verteilung ihrer Stimmen ein anderes Schema als im Rest von Spanien. Während Vox in anderen autonomen Regionen Spaniens eine Partei ist, die von der Oberschicht und konservativeren Gruppen unterstützt wird, gibt es in Katalonien Anzeichen für eine eher klassenübergreifende Verteilung der Stimmen – mit einer stärkeren Durchdringung in den Bezirken und Kommunen, die eher der Arbeiterklasse angehören, und in denen mit höherem Einkommen. Diese Zustimmung dürfte jedoch nicht aus einer gesellschaftlichen Hinwendung zu einem *Wohlfahrts-Chauvinismus* herrühren. Im Gegensatz zum Pendant der nationalen Sammlungsbewegung in Frankreich pflegt Vox einen neoliberalen Diskurs. Vielmehr dürfte die Unterstützung aus einer Ausrichtung auf radikal anti-unabhängige und nativistische Positionen erwachsen sein, die auf der Bevorzugung von Inländern gegenüber Ausländern beruht. Tatsächlich war eine der zentralen Säulen der Vox-Kampagne neben einem verschärften Spanizismus die Ablehnung der Einwanderung und die Ablehnung von Menschen in einer irregulären administrativen Situation.

Zusätzlich zu diesen Lesarten ist noch zu berücksichtigen, wie die Bürger das von bestimmten Medien stark kritisierte Management der Pandemie durch die spanische und katalanische Regierung bewerteten. Die ausgezeichneten Ergebnisse der PSC mit dem ehemaligen Gesundheitsminister Salvador Illa als Kandidaten und der Vorsprung der ERC im Block der Unabhängigkeitsbefürworter – der Partei, die für das Management der Pandemie in Katalonien verantwortlich war (mit Zuständigkeiten in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Arbeit und Soziales) – sind als Bestätigung zu bewerten. Letztendlich haben die Bürger also die verantwortlichen Personen für ihr Vorgehen in der Gesundheits-, Wirtschafts- und Sozialkrise unterstützt und waren weit davon entfernt, sie für ihr Management abzustrafen. Die Regierungskoalition in Spanien (sowohl PSOE als auch Podemos) und das tragende Glied der katalanischen Exekutive, ERC, gehen gestärkt aus den Wahlen hervor. Gleichzeitig bedeutet die Beibehaltung der acht Sitze für En Comú Podem (die katalanische Unidas Podemos) in einem komplizierten Kontext aufgrund der starken Konkurrenzsituation eine Befürwortung der Rolle von Podemos in der Regierung des Staates. Dieses Ergebnis bremst die erosionsartige Abwärtsbewegung bei den letzten Wahlen im Jahr 2020 in Galicien, wo sie nicht ins Parlament einziehen konnte, und im Baskenland, wo sie eine bedeutende Anzahl von Sitzen verlor.

MÖGLICHE SZENARIEN

Am 12. März muss sich das Parlament konstituieren (d. h., es wird der Vorsitz der Legislative, der zweiten Instanz des Landes, gewählt) und für den 26. März ist die Amtseinführung angesetzt. Wie bereits erwähnt, ist zwar die PSC die Partei mit den meisten Stimmen, aber die ERC hat die besten Chancen auf die Präsidentschaft. Die Republikaner haben somit die Wahl zwischen einer Wiederauflage der Pro-Unabhängigkeits-Mehrheit, die der Logik der letzten Legislaturperiode folgt (Regierungspräsidentschaft für die erste Partei, Parlamentsvorsitz für

die zweite – Junts – und gleichmäßige Verteilung der Regierungsressorts mit relativer Autonomie) oder der Erprobung neuer Mehrheiten mit einem eher linken Akzent (es sei darauf hingewiesen, dass die Amtseinführung des spanischen Präsidenten Pedro Sánchez mit Unterstützung der ERC stattfand). Wie auch immer die Entscheidung ausfällt, es ist nicht auszuschließen, dass eine progressive Mehrheit in der Legislative einen Einfluss auf die Regierungsfähigkeit und die Prioritäten in der neuen Legislaturperiode haben könnte, die teilweise von der wirtschaftlichen und sozialen Erholung von der Krise infolge von COVID-19 geprägt sein wird.

Dieses Szenario wird umso leichter durchführbar sein, je mehr sich die territorialen Spannungen beruhigen und einer Freilassung der Gefangenen aus dem Pro-Unabhängigkeits-Lager (über Begnadigungen) zugestimmt und den Exilanten ein Horizont geboten wird (über eine Reform des Strafgesetzbuches in Bezug auf die Verbrechen der Rebellion und des Aufstands). Zusammenfassend können wir feststellen, dass die Wahlen vom 14. Februar drei Herausforderungen für die katalanische und spanische Regierung darstellen:

- 1) Es gibt immer noch eine Patt-Situation zwischen Befürwortern und Gegnern der Unabhängigkeit. Weder haben die Pro-Unabhängigkeitsgruppen die nötige Unterstützung, um ihr Programm der territorialen Abspaltung durchzusetzen, noch kann die spanische Regierung die Stärke der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung ignorieren. Die einzig mögliche Lösung des Territorialkonflikts besteht in Dialog, Verhandlung und Einigung. Und diese wäre viel leichter zu erreichen, wenn man den Konflikt durch die Zusicherung von Reformen entjustizialisieren würde.
- 2) Das Parlament verfügt über eine breite progressive Mehrheit, die zwar im aktuellen Kontext aufgrund der Verfestigung des Territorialkonflikts kaum eine Regierungsmehrheit bilden kann, die sich aber in dem entscheidenden Kontext der wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbaumaßnahmen nach der Coronakrise in gesetzgeberischem Handeln niederschlagen sollte.
- 3) Schließlich zwingt das Erstarken von Vox als vierte politische Kraft zum Überdenken der Strategien, wie dem Wachstum der rechtsradikalen und rechtsextremen Optionen begegnet werden kann. Hinzu kommt die Besorgnis, dass ein bedeutender Teil dieses Wachstums in ärmeren Stadtteilen und Gemeinden stattfindet, obwohl dieses Wachstum nicht die Folge eines Umschwenkens der Arbeiterschaft ist, sondern ihrer deutlich gegen die Unabhängigkeit gerichteten Ausrichtung auf der nationalen Ebene.